

Klima-Leiche im Wallis aufgetaucht

Die Chemiefirma Lonza hat jahrzehntelang klimaschädliches Lachgas produziert – ohne es zu merken. Ob die Schweiz das Klimaziel 2020 nun noch erreichen kann, ist offen.

Stefan Häne

VISP Die Schweizer Industrie stösst umgerechnet rund 0,6 Millionen Tonnen mehr CO₂ aus als bisher ausgewiesen – eine Menge, die gut einem Prozent aller Treibhausgasemissionen im Land entspricht. Grund dafür ist eine Lachgasquelle im Wallis, genauer in Visp. Dort stellt Lonza seit bald 50 Jahren das Vitamin Niacin her.

Doch erst vor zwei Jahren hat das Chemie- und Pharmaunternehmen – dank moderner Messgeräte – bei einer Kontrolle erste Hinweise auf eine unbekannte Emissionsquelle erhalten. Mittlerweile ist klar: Es handelt sich um Lachgas. Über den Fall haben das Bundesamt für Umwelt (Bafu) und Lonza gestern informiert.

Lonza «bedauert die Situation ausserordentlich», ist sich jedoch keiner Schuld bewusst. Lachgasemissionen sind nicht in der Luftreinhalteverordnung geregelt, weil sie als gesundheitlich unbedenklich gelten. Aus diesem Grund hat das Unternehmen auch nicht danach gesucht. Aufgrund seiner Eigenschaften hat Lachgas aber ein erhebliches Treibhauspotenzial. Lonza bezeichnet sich als weltweiten Marktführer bei der Herstellung von Niacin. Ein zweiter Produktionsstandort liege in China, allerdings komme dort ein anderes Verfahren zur Anwendung.

Unternehmen melden Werte

Dass die Emissionen übersehen wurden, erklärt das Bafu damit, dass ausser Lonza niemand in Europa Erfahrungen mit der Herstellung des Vitamins hat. Auch die Messstation auf dem Jungfrauoch habe die Lachgasquelle nicht angezeigt, sagt Andrea Burkhardt, Chefin der Abteilung Klima beim Bafu. Weshalb, ist unklar. Möglicherweise spielten laut Burkhardt topografische Gründe eine Rolle: Visp ist im Walliser Haupttal gelegen, die Messstation auf einer Höhe von über 3000 Metern über Meer, abgeschirmt durch hohe Berge.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf einen wichtigen Baustein in der Klimapolitik: die Bilanzierung der Treibhausgase. Nicht das Bafu oder sonst eine



Wie viel zusätzliches Treibhausgas seit den 70er-Jahren entwichen ist, lässt sich laut Lonza nicht rekonstruieren.

Bild Keystone

Behörde erhebt die Emissionen aus grossen Industrieanlagen wie jener von Lonza. Es sind vielmehr die Unternehmen selber, welche die Werte dem Bafu melden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass weitere Klima-Leichen auftauchen, wie Burkhardt einräumt: «Die Klimabilanzierungen bilden immer nur jene Quellen ab, von deren Existenz wir wissen.»

«Hätte Lonza nichts gesagt...»

Wie zuverlässig ist die Klima-Buchhaltung also? Der Verband Swisseclean fordert eine Analyse der Situation. «Der Bund muss herausfinden, wo allenfalls ähnliche Prozesse noch unentdeckt sind», sagt Geschäftsführer Christian Zeyer. Es gebe wohl nicht sehr viele Anlagen, die dafür infrage kämen. Was das Bafu davon hält, war gestern nicht mehr in Erfahrung zu bringen.

Zeyer zeigt sich aufgrund des Alters der Lonza-Anlage über

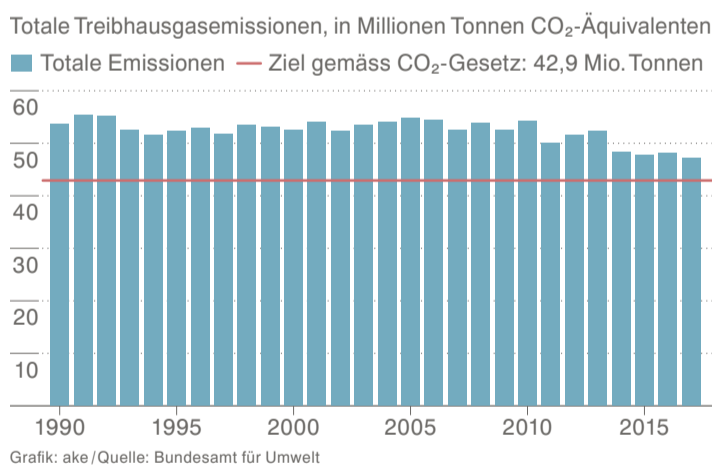
den Fund wenig erstaunt, und er lobt Lonza für die Transparenz, die sie hergestellt habe: «Das kann man von einer gut geführten Firma aber auch erwarten.» Allerdings, so Zeyer: «Hätte die Lonza nichts gesagt, wäre die Emission kaum entdeckt geworden.»

Lonza hat sich gegenüber dem Bafu verpflichtet, bis spätestens Ende 2021 einen Katalysator in die Anlage einzubauen – einen 18 Meter hohen Turm, der die Lachgasemissionen um mindestens 98 Prozent vermindern soll. Lonza hat das Baugesuch Ende November

2019 eingereicht, die Baugenehmigung liegt seit Ende Januar vor. Die Kosten dafür liegen bei 12 Millionen Franken.

Das nächste Treibhausgasinventar – jenes für das Jahr 2018 – wird im April veröffentlicht. Wie viel zusätzliches Treibhausgas seit den 1970er-Jahren in die Luft entwichen ist, lässt sich laut Lonza nicht mehr genau rekonstruieren. Eine Schätzung wagt niemand.

Treibhausgasemission der Schweiz



Abnahme um 12 Prozent

Sicher ist: Die Klimabilanz der Schweiz verschlechtert sich durch den Fund. Es wird also schwieriger, das Klimaziel 2020 zu erreichen: eine CO₂-Reduktion von 20 Prozent gegenüber 1990, und zwar mit Massnahmen allein im Inland. Die aktuell verfügbaren Daten aus dem Jahr 2017 zeigen eine Abnahme um bisher zwölf Prozent. Bafu-Expertin Andrea Burkhardt wagt keine Prognose, ob die Schweiz die Vorgabe erfüllen kann.

Express

Zahl von Menschen mit Demenz steigt

BERN In der Schweiz leben fast 154 700 an Demenz erkrankte Menschen, wie aus gestern veröffentlichten Zahlen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und von Alzheimer Schweiz hervorgeht. Bis 2040 werden voraussichtlich 300 000 Menschen an Demenz erkranken, denn der grösste Risikofaktor ist das Alter. Fast zwei Drittel der Erkrankten sind Frauen. Bund, Kantone und Praxisaktoren haben im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie 2014 bis 2019 eine breite Palette an Grundwissen erarbeitet. So betragen etwa die durch Demenz verursachten Kosten nach aktuellen Schätzungen jährlich rund 11,8 Milliarden Franken. 46,5 Prozent davon entfallen auf die Heimkosten, 47 Prozent auf die unbezahlte, informelle Pflege und Betreuung durch Angehörige. *sda*

Ex-Polizeisprecher scheidet mit Rekurs

SITTEN Das Walliser Kantonsgericht hat die Verurteilung des ehemaligen Sprechers der Walliser Kantonspolizei, Jean-Marie Bornet, wegen eines Verstosses gegen das Waffengesetz bestätigt. Es wies sowohl die Beschwerde Bornets als auch den Antrag der Staatsanwaltschaft auf eine härtere Bestrafung ab. Bornet hatte seinem Sohn eine Pistole für ein Sportschiessen geliehen, obwohl dieser keine Bewilligung besass. Später schoss der Sohn bei einem Streit mit der Waffe auf ein Chalet. Dafür wurde er in einem separaten Prozess verurteilt. *sda*

Weniger Anrufe auf Corona-Hotline

BERN Die Anrufe auf die Hotline für Fragen zum Coronavirus sind leicht rückläufig. In den vergangenen Tagen seien aber immer noch zwischen 70 und 90 Anrufe pro Tag beantwortet worden, gab die mit dem Betrieb der Hotline beauftragte Medgate auf Anfrage bekannt. Seit dem Start der Hotline am 30. Januar 2020 bis zum Sonntag seien rund 2200 Anrufe eingegangen. Noch gibt es keinen Corona-Fall in der Schweiz. *sda*

Kommt nun die schweizweite Transparenzregel?

Ein Überraschungscoup der Juso in Schaffhausen lässt auch die Befürworter nationaler Transparenz-Regeln hoffen.

Andrea Caroni, Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats ist dagegen, denn Geld finde immer ein Schlupfloch.

Jacqueline Büchi

BERN Mit Schaffhausen hat sich am Sonntag ein konservativer Kanton Regeln für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung gegeben. Die Stimmberechtigten nahmen eine Initiative der Jungsozialisten (Juso) an und sprachen sich damit dafür aus, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen künftig offenlegen müssen. Spenden von Firmen oder Verbänden sollen schon ab einem Franken deklariert werden und solche von Privatpersonen ab 3000 Franken.

Von einer «Sensation» schreiben lokale Medien. Ähnlich

klang es vor zwei Jahren im ebenfalls bürgerlich geprägten Kanton Schwyz, wo das Stimmvolk eine vergleichbare Initiative der Jungsozialisten angenommen hatte.

«Wer jetzt noch von einem Überraschungscoup spricht, hat vielleicht einfach die Zeichen der Zeit nicht erkannt», sagt Rosmarie Quadranti (BDP), Co-Präsidentin des Trägervereins der eidgenössischen Transparenz-Initiative. Diese verlangt, dass Parteien die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen müssen. «Die meisten Stimmbürger haben es satt, nicht zu wissen, wer hinter gross ange-

legten Abstimmungskampagnen steckt», sagt Quadranti. Ursprünglich hatte der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Inzwischen hat er seine Haltung revidiert – auch mit Blick auf die Entwicklungen in den Kantonen. 2018 hatte auch Freiburg eine Transparenz-Initiative angenommen. Auch das Tessin, Genf und Neuenburg kennen ähnliche Bestimmungen.

In der Bevölkerung sei ein Gesinnungswandel eingetreten, stellte Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) in der Wintersession fest – und äusserte Sympathien für einen in-

direkten Gegenvorschlag. Mit einem solchen will der Ständerat der Initiative den Wind aus den Segeln nehmen: Der Vorschlag sieht im Kern vor, dass Spenden ab einem Schwellenwert von 25 000 Franken gemeldet werden müssen.

Sowohl gegen die Initiative als auch gegen den Gegenvorschlag stellt sich Andrea Caroni (FDP), Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats. Er sei im Grundsatz durchaus ein Verfechter von Transparenz in der Politik – und auch an der Popularität der Forderung zweifle er nicht. Aufwand und Ertrag stimmten für ihn in dem Fall aber nicht:

«Wir würden hohe Kosten und viel Bürokratie auf uns nehmen, nur um eine Scheintransparenz herzustellen.»

Denn Geld finde, wie Wasser, immer einen Weg, so Caroni. «Mir ist kein Parteienfinanzierungsgesetz ohne Schlupflöcher bekannt.» Wenn die Kantone jedoch ihre Laborfunktion wahrnehmen und Erfahrungen mit solchen Vorschriften sammeln wollten, sei ihm das recht.

Harzige Umsetzung

In Schwyz und Freiburg verläuft die Umsetzung der Juso-Begehren bislang harzig: Die Transparenz-Regeln sind auch

rund zwei Jahre nach Annahme der Initiativen noch nicht in Kraft. Gegen die geplante Umsetzung haben die Schwyzer Jungsozialisten Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht: Der Kantonsrat habe absichtlich Schlupflöcher eingebaut, die die Offenlegungspflicht faktisch aushebelten, lautet der Vorwurf.

Ob und wann das Schweizer Stimmvolk über die nationale Transparenz-Initiative abstimmen kann, ist noch unklar. Viele Beobachter rechnen damit, dass die Initianten ihr Anliegen zugunsten eines indirekten Gegenvorschlags zurückziehen werden.